

Sehr geehrter Herr Landrat,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Demokratie lebt vom Mitmachen – und vom Ermöglichen.“

Dieses Zitat von Richard von Weizsäcker passt in diesen Tagen leider allzu gut.
Denn ich möchte heute mit einer Frage beginnen, die uns alle betrifft – und die uns
als Demokratinnen und Demokraten nicht loslassen darf:

Was bedeutet es für unsere Demokratie, wenn das erforderliche Geld fehlt?

Was bedeutet es für die Demokratie,
wenn wir in den Haushaltsberatungen nicht mehr darüber sprechen, **wie wir
gestalten**,
sondern nur noch darüber, **welchem Projekt wir als Nächstes den Stecker
ziehen?**

Was bedeutet es für unsere Demokratie,
wenn wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker zwar Verantwortung tragen,
aber kaum noch Handlungsspielräume haben?

Die wissenschaftliche Perspektive sagt:

Demokratie ist kein Selbstläufer.

Sie ist ein **System, das vor allem von ideellen Ressourcen lebt** – erst dann von
Imateriellen und personellen.

Wo staatliche Handlungsfähigkeit ausgehöhlt wird,
entsteht kein neutraler Raum,
sondern eine Leerstelle.

Und politische Leerräume bleiben nie lange leer.

Sie werden gefüllt –
nicht immer von den Kräften,
die unsere freiheitliche Ordnung stärken.
Gerade deshalb ist es so entscheidend,
wo wir im Haushalt Prioritäten setzen.

Was wir uns im Haushalt anders gewünscht hätten,
ist die **Grundfinanzierung des Kinderschutzbundes.**

Wir wissen:

Wir brauchen Prävention gegen sexualisierte Gewalt.

Wir brauchen **niedrigschwellige Angebote**,
die erreichbar sind, bevor etwas eskaliert.

Und wir brauchen eine **vielfältige Beratungslandschaft**,
damit Hilfe nicht vom Wohnort oder vom Geldbeutel abhängt.

Jeder Euro, den wir hier investieren,
ist kein Luxus.

Er ist eine Investition in Sicherheit,
in Vertrauen

und letztlich auch in unsere öffentlichen Haushalte.

Denn jeder Euro,
den wir heute in Prävention stecken,

spart uns morgen ein Vielfaches

– an Folgekosten,

aber vor allem an menschlichem Leid.

Die **Istanbul-Konvention** ist kein abstraktes Papier aus Straßburg.

Sie ist kein fernes Versprechen, das man bei knapper Kasse beiseitelegen kann.

Sie ist eine **verbindliche Verpflichtung**.

Eine Verpflichtung,

Gewalt vorzubeugen

Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen,

und Betroffene nicht allein zu lassen.

Dass wir uns hier im Kreistag – **über alle demokratischen Fraktionen hinweg** –
einig sind,

dass *Frauen e. V.* eine unverzichtbare Arbeit leistet

und weiterhin finanziell unterstützt werden muss,

zeigt:

Wir nehmen diese Verantwortung ernst.

Und das ist ein wichtiges Signal –

nach außen, aber auch nach innen.

Denn Demokratie zeigt sich nicht nur in großen Reden,

sondern ganz konkret darin,

wen wir schützen

und wen wir stärken.

Klima- und Artenschutz ist immer auch Menschenschutz.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Förderprojekt Natürlicher Klimaschutz im Kreis Coesfeld¹ erfolgreich umgesetzt wird. Der Sachstandsbericht zeigt, dass sich der damalige Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Beantragung dieser Fördermittel als richtig und wirkungsvoll erwiesen hat. Das Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie

politischer Impuls, Fördermittel und Verwaltungshandeln erfolgreich zusammenwirken können.

Für das Gräftensystem in Lüdinghausen wurde eine kostengünstige, ökologisch verträglichere und vor allem auch langfristige Lösung gefunden. Und die wichtige Wiederherstellung der Kerbtale zeigt, das Klima- und Artenschutz Hand in Hand gehen können und müssen.

Die Entwicklung und Verwendung unserer Ersatzgelder gestaltet sich positiv. Dass wir nach dem Wegfall der ELER-Förderung das wertvolle Heckenprogramm mit 70.000,- ausstatten und 50.000,- für den Artenschutz investieren zeigt GRÜN wirkt direkt aber auch langfristig.

Mit 100.000,- für Baumpflanzungen, fast 200.000,- zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, rund 300.000,- für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen und 300.000,- für wichtigen Grunderwerb gehen wir einen richtigen Weg,

Wie es nun mit den Rückstellungen von 250.000,- für das Beweidungsprojekt Borkenberge weitergeht, wird hoffentlich das kommende Jahr zeigen. Wir sind vorbereitet.

Auch deshalb stimmen wir diesem Haushalt zu.

Und wir tun das nicht trotz,

sondern **wegen einiger wichtiger Punkte**, die wir ausdrücklich begrüßen:

Das **1-Prozent-Ziel** wird eingehalten –

dafür haben wir lange gekämpft.

Die **Reinvestitionsquote im Mobilitätsbereich** bleibt bestehen

– ein wichtiges Signal für nachhaltige Infrastruktur.

Und dass es **keine Einsparungen im Kulturbereich** gibt,

ist mehr als eine nette Randnotiz.

Sie ist das **tragende Band unserer Gesellschaft**.

Sie hält Menschen zusammen,

schafft Begegnung,

ermöglicht Dialog –

gerade in Zeiten, in denen vieles auseinanderzudriften droht.

Gleichzeitig muss uns allen bewusst sein

Es reicht nicht, immer nur zu sagen, **wo mehr gebraucht wird**.

Das ist leicht – und nicht konstruktiv.

Deshalb benennen wir auch Punkte,

die **zu Entlastungen im Haushalt führen können**.

Interkommunale Zusammenarbeit

etwa im **Integrationsbereich** oder im **Klimaschutz**

kann Ressourcen bündeln

ohne Qualität zu verlieren.

Und wir sprechen uns klar für die Forderung **an Land und Bund** aus:

Förderstrukturen müssen verlässlich sein.

Gebühren und Kostenerstattungen, die seit Jahren nicht angepasst wurden,

müssen überprüft werden,

damit zumindest **kostendeckend gearbeitet** werden kann.

Es kann nicht sein, dass Kosten für die Post und das Porto jahrelang nicht angepasst werden.

Es geht nicht darum freiwillige Ausgaben zu streichen, sondern Pflichtaufgaben ökonomischer wahrzunehmen.

Denn eines ist klar:

Kommunen dürfen nicht dauerhaft die **Pufferzone** sein

für politische Versäumnisse auf anderen Ebenen. Denn die Wahrheit ist:

Der Staat beginnt nicht in Berlin.

Er beginnt vor der eigenen Haustür.

Er beginnt im Jugendamt.

In der Beratungsstelle.

Im Kreishaus.

In der Schule.

Im Kulturzentrum.

Hier erleben Bürgerinnen und Bürger ganz konkret,

ob Politik funktioniert.

Hier entscheidet sich,

ob Vertrauen wächst –

oder schwindet.

Die Kommunen sind nicht das letzte Glied in der Kette.

Sie sind das Fundament.

Zum Schluss möchte ich noch einmal zur Ausgangsfrage zurückkommen:

Was bedeutet das alles für unsere Demokratie?

Es bedeutet:

Demokratie braucht Gestaltungsspielräume.

Demokratie braucht Prävention statt Reparatur.

Und Demokratie braucht den Mut,

auch in schwierigen Zeiten klar zu sagen,

wo wir **nicht einsparen dürfen**.

Nun habe ich viel darüber gesprochen, was es für uns als Politik bedeutet, wenn das Geld weg ist. Die Herausforderung besteht allerdings auch und vielleicht auch vor allem bei der Verwaltung. Daher vielen Dank an dieser Stelle!

Dieser Haushalt ist kein perfekter Haushalt.

Aber er ist einer,

der an entscheidenden Stellen Haltung zeigt.

Und genau das ist es,

was unsere Demokratie im Kreis Coesfeld

jetzt braucht.

Wie gesagt, wir stimmen dem Haushalt zu.

Vielen Dank. 